

Hyper-Hochschulpolitik

Die Studierendenschaft zwischen Politisierung und mangelnder Organisierung

Tobias Brück

Laut dem im Jahr 2017 veröffentlichten Studierendensurvey ist der Anteil der Studierenden, die an studentischer Selbstverwaltung interessiert sind, von 42 Prozent im Jahr 2001 auf 32 Prozent im Jahr 2016 gesunken (Multrus et al. 2017: 21). Auswertungen der Rechercheplattform Correctiv zeigen zudem, dass sich im Jahr 2019 deutschlandweit durchschnittlich lediglich etwa 15 Prozent der Studierenden bei den Wahlen der Studierendenparlamente beteiligten, an vielen Universitäten sind die Zahlen rückläufig (Lenz/Hering 2020).

Daraus lässt sich folgern, dass gut ein Drittel der Studierenden zwar grundsätzlich an der studentischen Selbstverwaltung interessiert ist, sich das aber nicht in Form einer Beteiligung an Wahlen in der Verfassten Studierendenschaft ausdrückt. Gleichzeitig, so meine These, findet Aktivismus von Studierenden vermehrt außerhalb der Universitäten statt, die eigenen Studienbedingungen werden dabei jedoch aktuell wenig thematisiert. Weiterführend argumentiere ich, dass Studierende in Bezug auf ihre genuine Selbstverwaltung und politische Vertretung, aber auch in Bezug auf die eigene gesellschaftliche Stellung entpolitisieren sind. In meinem Essay werde ich darlegen, dass dies mit einer Naturalisierung und scheinbaren Alternativlosigkeit der gegenwärtigen universitären Strukturen zusammenhängt. Es soll gezeigt werden, wie eine durch die Ökonomisierung der Hochschulen verstärkte internalisierte ökonomische Lebensführung der Studierenden dazu führt, dass die eigenen Studienbedingungen kaum mehr zum Thema eines studentischen Aktivismus wurden. Natürlich ist die Studierendenschaft nicht gänzlich entpolitisiert, immer wieder gibt es Politisierungsmomente innerhalb eines allgemeinen Depolitisierungstrends. Doch die Hochschule ist in ihrer Art, Gestaltung und Wirkungsweise naturalisiert, in dem Sinne, dass Studierende die auf sie wirkenden Bedingungen als nicht veränderbar wahrnehmen.

Im folgenden Essay werde ich zunächst die Ökonomisierung der studentischen Lebensführungen skizzieren, um daraufhin auf die Prekarisierung und Abstiegsängste der Studierendenschaft einzugehen. Daran anknüpfend soll die daraus re-

sultierende Entwicklung hin zu einer Hyper-Hochschulpolitik beschrieben werden, die sich durch eine Politisierung bei gleichzeitig mangelnder institutioneller Organisierung und weitestgehender politischer Wirkungslosigkeit der Studierenden auszeichnet. Abschließend sollen die sich aus dieser Situation ergebenden Möglichkeiten für studentischen Aktivismus ausgelotet werden.

Ökonomisierung der studentischen Lebensführung

Der Soziologe Richard Sennett führte das Konzept des »flexiblen Menschen« ein, um die Auswirkungen des Kapitalismus auf den Charakter der Menschen zu beschreiben (Sennett 1998). Der flexible Mensch kennt keine Beständigkeit mehr, da Lebensläufe nicht mehr so stringent wie im Nachkriegskapitalismus bis zu den 1980er Jahren (im sogenannten Fordismus) sind und sowohl prekäre Beschäftigungsverhältnisse als auch die Ansprüche des Arbeitsmarktes es erfordern, mehrmals in einer Laufbahn die Profession zu wechseln. Nur durch stetige Optimierung der eigenen verwertbaren Fähigkeiten und Kenntnisse kann sich der flexible Mensch gegen die Konkurrenz durchsetzen. Dies gilt bereits im Studium, das auf den Arbeitsmarkt vorbereiten soll. An der neoliberalen Universität wird den Studierenden vermittelt, dass sie ihre eigene Arbeitsmarktfähigkeit aktiv gestalten müssen. Die Studierenden sollen sich dabei am »unternehmerischen Selbst« orientieren, das sich in allen Lebenslagen selbst managt, in seine Fähigkeiten investiert, Risiken eingeht und persönlich Verantwortung für das eigene Scheitern übernimmt (Bröckling 2007). Individualität, so die Anforderung, soll als »ein Produktionsfaktor genutzt« werden, mit dem »ein Mehr an Engagement, Flexibilität und Eigeninitiative verlangt wird« (Honneh 2002: 154). Es setzt sich dahingehend ein neoliberales Leitbild des*der autonomen Studierenden durch, »wobei die eingeklagte Selbstverantwortung in der Ausrichtung des eigenen Lebens an betriebswirtschaftlichen und unternehmerischen Kalkülen besteht« (Bröckling et al. 2000: 30). So ergibt sich für die Studierenden eine Situation, die sie zur Selbstdoptimalisierung antreibt, um konkurrenz- und wettbewerbsfähig zu bleiben:

»Das unternehmerische Selbst sorgt sich um die Bewahrung, Reproduktion und Mehrung seines Humankapitals. Zu diesem Zweck unterwirft es sein gesamtes Leben marktwirtschaftlichen Kalkulationen, die ihm sagen, in welche persönliche Vermögen investiert werden muss.« (Opitz 2004: 150)

Vor sich selbst müssen sich Studierende dann etwa rechtfertigen, warum sie in den Semesterferien kein Praktikum begonnen oder sich gegen ein Auslandssemester entschieden haben. Im Ergebnis werden sie sowohl für Erfolg als auch für Versagen in der eigenen studentischen Lebensführung verantwortlich gemacht und müssen

sich vielfach der Verwertungslogik fügen. Die mit individueller Selbstverwirklichung verknüpfte internalisierte ökonomische Lebensführung der Studierenden beschrieb die Situationistische Internationale schon im Jahr 1966:

»Wie ein stoischer Sklave glaubt der Student sich umso freier, je mehr alle Ketten der Autorität ihn fesseln. [...] Nach derselben Logik eines untergeordneten Kindes hat er an allen Werten und Mystifikationen des Systems teil und konzentriert sie in sich. Was einst den Lohnabhängigen aufgezwungene Illusionen waren, wird heute zu einer von der Masse der zukünftigen kleinen Kader verinnerlichten und getragenen Ideologie.« (Situationistische Internationale 1966, o. S.)

Dieser stetige Leistungs- und Anpassungsdruck, der tief in die studentische Lebensgestaltung hineinwirkt, hat allzu oft psychische Folgen – angefangen mit Überforderung und Prokrastination bis hin zur Depression. In einer Umfrage des Deutschen Studierendenwerks im Sommersemester 2021 gaben über 40 Prozent der befragten Studierenden an, sich durch ihr Studium häufig oder sehr häufig ausgezögzt zu fühlen, für knapp 30 Prozent von ihnen stellt das Studium eine hohe Belastung dar (Kroher et al. 2023: 42). Ein weiterer Indikator, der für diese Tendenz einer Überlastung durch das Studium spricht, ist die zunehmende Inanspruchnahme psychologischer Beratungsangebote an den Universitäten. Über 100.000 Beratungskontakte haben die psychologischen Beratungsstellen der Studierendenwerke in Deutschland im Jahr 2017 verzeichnet (Deutsches Studentenwerk 2019: 11). Im Vergleich zum Jahr 2006 entspricht das einer Steigerung um 60 Prozent (ebd.). Und so wird, wie die hohen Zahlen zur psychischen Belastung unter Studierenden andeuten, das unternehmerische Selbst der Studierenden nicht allzu selten zum »erschöpften Selbst« (Ehrenberg 2015). Aus meiner Sicht deutet die mangelnde öffentliche Skandalisierung auf eine weitestgehende Akzeptanz und auf eine Vereinzelung der Studierenden hin: Die Auswirkungen der kollektiv erfahrenen belastenden Studienbedingungen werden individuell verantwortet und bewältigt, somit also ins Private verschoben. Dies zeigt an, dass ebenjene krank machenden Strukturen des Hochschulsystems hingenommen werden, die kein Ansatzpunkt für politische Mobilisierung und somit Ausdruck eines Depolitisierungsprozesses sind, obwohl in ihnen grundsätzlich das Potenzial für eine Solidarisierung angelegt wäre.

Prekarisierung und Abstiegsängste

Darüber hinaus sind Studierende einem hohen ökonomischen Druck ausgesetzt, der durch die Inflation und steigende Mieten verschärft wird. Laut Statistischem Bundesamt waren im Jahr 2021 rund 38 Prozent der Studierenden in Deutschland armutsgefährdet (Statistisches Bundesamt 2022). Durch ihre Wohnkosten litten

insgesamt ein Viertel der Studierenden und mehr als die Hälfte derjenigen, die allein oder in Wohngemeinschaften lebten, 2021 an finanzieller Überbelastung (ebd.). Die hohe Armutgefährdung muss durch Lohnarbeit kompensiert werden. Über 60 Prozent der Studierenden arbeiten neben dem Studium, die durchschnittliche Wochenarbeitszeit lag im Sommersemester 2021 bei 15,1 Stunden pro Woche (Kroher et al. 2023: 86ff.). Knapp 60 Prozent der arbeitstätigen Studierenden geben dabei an, dass dies zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts unbedingt notwendig sei (ebd.: 91). Für (hochschul-)politisches Engagement bleibt neben der Lohnarbeit und dem Studium mit einer genormten Wochenstundenanzahl von 37,5 Stunden bei 30 Leistungspunkten pro Semester und einem realen Zeitaufwand von 36 Stunden pro Woche im Vollzeitstudium (ebd.: 61) oft schlicht keine Zeit.

Politische Partizipation hängt auch von den zur Verfügung stehenden sozioökonomischen Ressourcen ab (Weßels 2021). So arbeiten Studierende aus nicht-akademischem Elternhaus häufiger als Studierende aus akademischem Elternhaus neben ihrem Studium (Kroher et al. 2023: 8). Die Ungleichverteilung der sozioökonomischen Ressourcen der Studierenden (Bargel/Bargel 2010; Heine 2010) führt zu ungleichen Studienerfahrungen und unterschiedlich viel Zeit, sich in den studentischen Gremien und darüber hinaus engagieren zu können. Auch reproduzieren sich die sozialstrukturellen Differenzen im Studium (Lörz 2012), sodass die mit unterschiedlichen ökonomischen Ressourcen ausgestatteten sozialen Gruppen sich in einem Wettbewerb um Status und Anerkennung befinden, der die Idee, für die Anliegen der Konkurrent*innen Partei zu ergreifen, unpopulär erscheinen lässt.

Daher kann die Prekarisierung paradoxerweise erklären, warum Protest gegen die schlechten Studienbedingungen ausbleibt. Der Soziologe Oliver Nachtwey argumentiert, dass in der »Abstiegsgesellschaft« ein sozialstruktureller Abstiegstrend feststellbar sei (Nachtwey 2017). Die sich daraus speisenden Abstiegsängste führen dazu, dass jede*r versucht, individuell statt kollektiv die eigene Lage zu verbessern, da die Einzelnen ständig von der Furcht vor dem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit und ihres gesellschaftlichen Status getrieben sind. Die Sorge um die sozioökonomische Positionierung ist auf langfristige Entwicklungen ausgerichtet, wodurch das »Gesellschaftsmodell, welches sozialen Aufstieg und dauerhaften sozialen Wohlstand versprach, deutlich an Überzeugungskraft verloren hat« (Schöneck et al. 2011: 12). Der Soziologe Stephan Lessenich argumentiert, dass in der Umgestaltung des Wohlfahrtstaates im Zuge des in den 1990er und 2000er Jahren forcierten Sozialstaatsabbaus der Appell an die Selbstverantwortung eine zentrale Rolle spielt und zu einer Individualisierung von Problemlagen beiträgt:

»Im Zentrum der aktivierungspolitischen wohlfahrtstaatlichen Programmatik steht der tendenzielle Übergang von der ›Staatsversorgung‹ zur Selbstsorge, von

der öffentlichen zur privaten Sicherheitsverantwortung, vom kollektiven zum individuellen Risikomanagement.« (Lessenich 2009: 163)

Die Anderen werden zu selten als Gleichgesinnte mit den ähnlichen Problemen erkannt, da der ökonomische Druck verlangt, zunächst das eigene Auskommen zu sichern.

Die Studierendenschaft ist also gespalten. Es gibt diejenigen, die aufgrund der finanziellen Ausstattung des Elternhauses oder durch Stipendien ihre volle Zeit auf das Studium verwenden können, und diejenigen, die zur Studienfinanzierung einer Lohnarbeit nachgehen müssen; und dies teilweise in einem so hohen zeitlichen Umfang, dass das Studium zwangsläufig auf der Strecke bleibt – von Engagement in der Hochschulpolitik ganz zu schweigen. Dies zeigt sich auch daran, dass die Anzahl der Studierenden steigt, die aus finanziellen Gründen ihr Studium abbrechen (Statistisches Bundesamt 2022). Solidarität untereinander und das Einstehen für gemeinsame Interessen wird nicht nur durch die unterschiedlichen sozio-ökonomischen Ausgangslagen der Studierenden erschwert, sondern gerade in Zeiten steigenden ökonomischen Drucks und wachsender Abstiegsängste zunehmend durch Konkurrenzgefühle untereinander verhindert.

Von der Post- zur Hyper-Hochschulpolitik

Wesentliche Errungenschaften in der Hochschulpolitik wurden oftmals von Studierenden selbst erkämpft. Zuletzt war das bei den bundesweiten Bildungsstreiks in den 2000er Jahren der Fall, die eine weitestgehende Abschaffung der erst kurz zuvor eingeführten Studiengebühren in zahlreichen Bundesländern zur Folge hatten (Himpele 2009; Kolisang 2013). Seitdem hat es wohl keinen derartigen studentischen Protest mehr gegeben, durch den die grundlegenden Studienbedingungen verändert worden wären. Der Politikwissenschaftler Julian Schenke spricht ange-sichts dessen von einer fundamentalen »Abkehr der deutschen Studierenden von dem Anspruch der politischen Gestaltung der Gesellschaft kraft der in die Zukunft einer besseren Gesellschaft hinausdeutenden Reformierung der Universität, die sich irgendwann in den 1980er und 1990er Jahren vollzogen hat« (Schenke 2020: 303f.). Die Abkehr von diesem Anspruch und damit von der Idee von Hochschulen als Keimzelle gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen kann erklären, warum sich eine Trennung zwischen der studentischen Hochschulpolitik und des außerhalb der Universität stattfinden politischen Aktivismus ergeben hat.

Eine weitere Erklärung könnte sein, dass die Universität von Studierenden nicht mehr als Ort wahrgenommen wird, an dem es sich lohnt, politische Kämpfe anzugehen. Stattdessen scheinen den politisch aktiven Studierenden andere Protestfelder zielführender zu sein. Die erzwungenermaßen internalisierte Ökonomisierung

und Ausrichtung an Arbeitsmarktimperativen, die die Universität dem ›unternehmerischen Selbst‹ vermittelt, führt zu einer Verschiebung des Engagements: weg von der Universität hin zu anderen Orten, Kämpfen, Bewegungen und Protesten. Neben dieser Verschiebung kommt es auch zu einer Individualisierung der Protestformen und des politischen Engagements.

Während meiner eigenen Studienzeit hatte ich den Eindruck, dass sich studentischer Protest oft in Form von Pseudoaktivismus ausdrückt, der inkonsequent und folgenlos bleibt. Dieser ist entweder kurzfristig angelegt oder es werden Symbole des radikalen Protestes zitiert, ohne deren Widerstandspotenzial auszuschöpfen. Kurz gesagt: Ein »fuck capitalism«-Sticker hat noch nie irgendetwas gegen kapitalistische Vergesellschaftung bewirkt. Ich hatte den Eindruck, dass einige meiner Kommiliton*innen dann Aktivist*innen waren, wenn es ihnen gerade gut in den Kram passte, nicht zu unbequem wurde oder den Prüfungen und Karriereplänen nicht im Weg stand. Studierende tragen Parolen auf Jutebeuteln und T-Shirts herum, leben vegan, teilen Spendenaufrufe und Petitionen in sozialen Medien, ohne dass daraus eine nachhaltige und dauerhafte kollektive politische Praxis entstünde, die allein auf die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse und nicht auf die (Re-)Produktion distinktiver Lebensstile zielt:

»In modernen postindustriellen Gesellschaften bestimmen das flüchtige Subjekt und seine flexible Identität die Formen der politischen Artikulation und Beteiligung: liquid participation für die democracy to go.« (Blühdorn 2013: 193).

Zwar waren meine Kommiliton*innen teilweise politisiert, aber kaum organisiert, ähnlich wie es der Historiker Anton Jäger in seinem Essay »Von der Post-Politik zur Hyper-Politik« für die gesamte Gesellschaft beschreibt:

»Heute dagegen gilt: *Alles ist politisch*. Und obwohl viele Menschen stark politisiert sind, sind nur sehr wenige von ihnen in organisierte Interessenkonflikte eingebunden, die wir vielleicht als typisch für das 20. Jahrhundert bezeichnen könnten.« (Jäger 2022; Herv. i. O.)

Wenn, wie Jäger sagt, alles politisch ist, ist im Umkehrschluss auch nichts mehr wirklich politisch, in dem Sinne, dass diese Politisierung ohne Konsequenzen bleibt und die grundlegenden Prinzipien des gesellschaftlichen Zusammenlebens unangetastet lässt. Daher verhält sich diese politische Praxis weitestgehend affirmativ gegenüber den kapitalistischen Strukturen, insofern der Markt als Modus der Selbstverwirklichung und des Ausdrucks von Individualität anerkannt wird: »Heutige Partizipationsformen gehen in der Regel mit der Logik der bestehenden Ordnung konform, verzichten also darauf, sie systemkritisch herauszufordern.« (Blühdorn 2013: 191)

Zwar kann der Lebensstil ein Element politischer Kommunikation sein (Neckel 2000: 16), wenn er Mitmenschen beeinflusst und sie sich über ihn politisieren. Der Lebensstil steht einer Politisierung so lange nicht im Wege, wie der private und öffentliche Raum gleichermaßen als gestaltbar erscheinen. Taugt er allerdings nur zur Herstellung der eigenen Selbstwirksamkeit, führt er zu einem völligen Rückzug ins Private und verhindert politische Praxis. Gleichzeitig ergeben sich im Hochschulkontext weiterhin Spielräume für kurzfristige kollektive Mobilisierung, beispielsweise in Form von Klimaprotesten, Streiks an Universitätskliniken, Solidaritätsaktionen mit Geflüchteten, rassismuskritischen und feministischen Interventionen in der Lehre, Widerstand gegen Rüstungsforschung oder gegen finanzielle Kürzungen im Bildungshaushalt. Es zeigt sich, dass es innerhalb eines generellen Depolitisierungstrends an den Hochschulen durchaus Politisierungsmomente eines gewissen Teils der Studierendenschaft gibt. Dies lässt sich, anschließend an Jäger, am ehesten als Hyper-Hochschulpolitik begreifen.

Es zeigt sich also eine Ambivalenz zwischen Re- und Depolitisierungsdynamiken. In den Repolitisierungsmomenten scheint eine Perspektive für die Emanzipation von ökonomischen Zwängen auf. Doch diese vermögen bislang noch keine solidarische kollektive Organisation der verschiedenen Statusgruppen an Hochschulen zu erreichen, weil es sich zumeist um von kleineren subkulturellen Gruppen organisierte Proteste handelt, in denen kurzzeitig rebelliert wird, die aber keinen nachhaltigen Einfluss geltend machen können:

»Die politisierte Masse geht aus höchst instabilen Verkettungen hervor, die sich in den digitalen Informationsströmen innerhalb kürzester Zeit bilden, vereinzelt auch den Weg auf die Straße finden, ehe sie wieder wirkungslos in ihre Einzelteile zerfallen.« (Obermeier 2023)

Stattdessen entstanden neue Formen des politischen Engagements (Jörke 2011: 14), von Online-Petitionen, Charity-Aktionen und NGO-Mitgliedschaften bis hin zu Konsum-Politik (Baringhorst 2015: 18) und der Moralisierung individuellen Verhaltens, die eine weitaus größere Popularität und Verbreitung erfahren. Dadurch bringen Studierende eine politische Haltung zum Ausdruck, ohne dass sich ein gemeinsames, den Lebensstil übergreifendes Interesse artikulierte, das über ein temporäres Aufbegehren hinaus ginge. Das ist nicht weiter verwunderlich, ist es doch das Leitbild des ‚unternehmerischen Selbst‘, das genau diese Art von Lebensführung immer wieder propagiert und befördert.

Hingegen politisieren einige Studierende zunehmend die Art und Weise, wie sie ihr persönliches Leben bestreiten und symbolisch aufladen. Dies ist die Konsequenz aus der mangelnden Politisierung der ökonomischen Strukturen (der Hochschulen) und der fehlenden Möglichkeiten, diese gestalten zu können (Jäger 2022). Neben der hier in den Blick genommenen progressiven Politisierung besteht in Anbetracht

eines gesellschaftlichen Rechtsrucks und des Erstarkens rechtsextremer Akteur*innen die steigende Gefahr einer reaktionären Politisierung, welche die Abwehrkämpfe gegen diese umso relevanter macht und so emanzipative Perspektiven von links vermehrt in den Hintergrund rücken lässt.

Möglichkeiten für studentischen Aktivismus

Gleichwohl haben die Kampagne für einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TVStud) gezeigt (Hopp et al. 2023), dass kollektive Organisierung immer noch möglich ist. Das zeigt auch der Beitrag von Karl Jasper Wolff in diesem Sammelband. Auch die bundesweiten Klimaproteste führten durch Students for Future (Dörre 2021: 227) zu Bewegung an den Hochschulen. Auch auf den sogenannten wissenschaftlichen Mittelbau können die Studierenden bei der Repolitisierung der Hochschulen setzen, wie die Hashtags #IchbinHanna und #IchbinReyhan gezeigt haben, mit dem gegen prekäre Beschäftigung in der Wissenschaft protestiert wird (Keller/Frommont 2024: 9). All das sind aktuelle Beispiele, in denen durch Organisierung politische Kämpfe – zumindest in Teilen – erfolgreich gestaltet werden können.

Ein Problem ist aus meiner Sicht jedoch, dass es zurzeit zu wenige Proteste an Hochschulen mit spezifisch studentischem Inhalt gibt. Der Aktivismus von Studierenden richtet sich meist auf Themen junger Menschen, die aber keinen unmittelbaren Bezug zur Universität aufweisen, wie etwa bei der Klimakrise, bei der Unterstützung von marginalisierten Gruppen oder bei globaler Ungleichheit. Er richtet sich nur zum Teil auf die Lebensrealität von Studierenden aus, die ihre eigenen Studien- und Lebensbedingungen verändern wollen, sondern vor allem auf Themenkomplexe, die außerhalb der Hochschule liegen (die natürlich nicht weniger relevant, aber eben keine spezifische Hochschulpolitik sind).

Es gibt zahlreiche antirassistische, feministische und ökologische Ansätze, die allesamt den Kapitalismus wie die mit ihm verbundenen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse überwinden wollen und die eine gewisse Popularität bei einem Teil der Studierendenschaft entfalten können. Dies trifft in Teilen etwa auf selbstverwaltete Cafés, studentisch organisierte Seminare und Lesekreise, Vollversammlungen oder Hörsaalbesetzungen zu, die als partikulare Kämpfe einen Beitrag für die universelle Emanzipation leisten können und als Reaktion auf konkrete Unterdrückung entstehen. Über die sich an ihnen entzündenden Widerstände ergeben sich Anknüpfungspunkte, die das Utopische in der Hochschule als demokratische Praxis aufscheinen lassen können. Dafür bräuchte es aber neben Politisierung auch mehr Organisierung in politischen Institutionen. Zudem sollten die Protestmittel des zivilen Ungehorsams verstärkt zum Einsatz kommen. Um den notwendigen Druck für politische Veränderung aufzubauen, reichen keine Bekenntnisse, es

bedarf eines langfristigen Engagements in politischen Organisationen, die soziale Bewegungen an den Hochschulen auch in den Momenten am Laufen halten, in denen es keine kurzfristig angelegten massenhaften Mobilisierungen gibt.

Damit das gelingen kann, muss im studentischen Bewusstsein wieder verankert werden, dass die Hochschulen veränderbare Räume sind, die Einfluss auf die Gesamtgesellschaft haben können. Ein Anfang kann sein, die weniger werdenden Freiräume zu verteidigen, zu nutzen und auszubauen, solidarisch und selbstbestimmt zusammen zu lernen, sich auszutauschen und in Hochschulgruppen und politischen Initiativen zu organisieren. Zudem müssen die Studierenden angesichts des gegenwärtigen Rechtsrucks den Politisierungsversuchen der extremen Rechten in jeder Form entschieden entgegentreten. Gleiches gilt für die an deutschen Universitäten verstärkt aufkommenden in Teilen antisemitischen Proteste im Zusammenhang mit dem Krieg zwischen Israel und der Hamas in Folge des Massakers am 7. Oktober 2023. Aus einer linken Perspektive gilt es darüber hinaus andere Studierende zu mobilisieren, denn zu einer Verbesserung ihrer Situation und einem Bruch mit dem Bann der natürlich erscheinenden Ökonomisierung an den Hochschulen kann es nur kommen, wenn man gemeinsam für ein ganz anderes Bildungs- und Gesellschaftssystem streitet. Dazu gehört, dass die Studierenden stärker ihre eigene soziale Frage stellen, um ihre kollektiven Interessen als Studierende vertreten zu können.

Literaturverzeichnis

- Bargel, Holger/Bargel, Tino (2010): »Ungleichheiten und Benachteiligungen im Hochschulstudium aufgrund der sozialen Herkunft der Studierenden (= Arbeitspapier 202)«, Hans-Böckler-Stiftung, online unter: https://www.boeckler.de/pdf/p_arbp_202.pdf, zuletzt aufgerufen am 07.03.2024.
- Baringhorst, Sigrid (2015): »Konsum und Lebensstile als politische Praxis. Systematisierende und historisch kontextualisierende Annäherungen«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 27(2), S. 17–27.
- Blühdorn, Ingolfur (2013): »Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende«, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bröckling, Ulrich (2007): »Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform«, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (2000): »Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung«, in: dies. (Hg.), *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 7–41.
- Deutsches Studentenwerk (2019): »Beratung im Profil. Die Sozialberatung und psychologische Beratung der Studenten- und Studierendenwerke«, Berlin: Deut-

- sches Studentenwerk, online unter: https://www.studierendenwerke.de/fileadmin/user_upload/dsw_beratung_web.pdf, zuletzt aufgerufen am 07.04.2023.
- Dörre, Klaus (2021): »Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution«, Berlin: Matthes & Seitz.
- Ehrenberg, Alain (2015): »Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart«, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Heine, Christoph (2010): »Soziale Ungleichheiten im Zugang zu Hochschule und Studium (= Arbeitspapier 213)«, Hans-Böckler-Stiftung, online unter: https://www.boeckler.de/fpdf/HBS-004883/p_arbp_213.pdf, zuletzt aufgerufen am 07.03.2024.
- Himpele, Klemens (2009): »Vom Bildungsstreik zur Bewegung?«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8, S. 11–15, online unter: <https://www.blaetter.de/ausgabe/2009/august/vom-bildungsstreik-zur-bewegung>, zuletzt aufgerufen am 07.03.2024.
- Honneth, Axel (2002): »Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus«, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Hopp, Marvin/Hoffmann, Ann-Kathrin/Zielke, Aaron/Leslie, Lukas/Seeliger, Martin (2023): »Jung, akademisch, prekär. Studentische Beschäftigte an Hochschulen und Forschungseinrichtungen: eine Ausnahme vom dualen System regulierter Arbeitsbeziehungen«, Bremen: IAW.
- Jäger, Anton (2022): »Von der Post-Politik zur Hyper-Politik«, in: Jacobin, 19.01.2022, online unter: <https://jacobin.de/artikel/von-der-post-politik-zur-hyper-politik-annie-ernaux-moralismus-populismus-identitatspolitik-massenpartei>, zuletzt aufgerufen am 07.03.2024.
- Jörke, Dirk (2011): »Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1–2, S. 13–18.
- Keller, Andreas/Frommont, Yasmin (2024): »Einleitung. Perspektiven für Hanna. Dauerstellen für Daueraufgaben – gleiche Chancen für alle«, in: dies. (Hg.), Perspektiven für Hanna. Dauerstellen für Daueraufgaben in der Wissenschaft, Bielefeld: WBV, S. 9–11.
- Kolisang, Caroline (2013) (Hg.): »Bundesweiter Bildungsstreik 2009. Protestbewegung – Aktionismus – Reform der Reformen«, Wiesbaden: Springer.
- Kroher, Martina/Beußé, Mareike/Becker, Karsten/Ehrhardt, Marie-Christin/Gerdes, Frederike/Koopmann, Jonas/Schommer, Theresa/Schwade, Ulrike/Steinkühler, Julia/Völk, Daniel/Peter, Frauke/Buchholz, Sandra (2023): »Die Studierendenbefragung in Deutschland: 22. Sozialerhebung. Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2021«, Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung, online unter: https://www.studierendenwerke.de/fileadmin/api/files/Soz22_Hauptbericht.pdf, zuletzt aufgerufen am 07.03.2024.

- Lenz, Miriam/Hering, Maria-Mercedes (2020): »Uni-Demokratie: Studierende wählen kaum«, in: Correctiv, 09.08.2020., online unter: <https://correctiv.org/aktuelles/bildung/2020/08/09/uni-demokratie-studierende-waehlen-kaum/>, zuletzt aufgerufen am 07.03.2024.
- Lessenich, Stephan (2009): »Mobilität und Kontrolle. Zur Dialektik der Aktivgesellschaft«, in: Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut (Hg.), Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 126–181.
- Lörz, Markus (2012): »Mechanismen sozialer Ungleichheit beim Übergang ins Studium: Prozesse der Status- und Kulturreproduktion«, in: Becker, Rolf/Solga, Heike (Hg.), Soziologische Bildungsforschung, Wiesbaden: Springer, S. 302–324.
- Multrus, Frank/Majer, Sandra/Bargel, Tino/Schmidt, Monika (2017): »Studiensituation und studentische Orientierung. Zusammenfassung zum 13. Studierendensurvey an Universitäten und Fachhochschulen«, Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung, online unter: https://www.bmbf.de/SharedDocs/Publikationen/de/bmbf/4/31379_Studierendensurvey_Ausgabe_13_Zusammenfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=4, zuletzt aufgerufen am 07.03.2024.
- Nachtwey, Oliver (2017): »Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne«, Berlin: Suhrkamp.
- Neckel, Sieghard (2000): »Protest gegen das Allgemeine. Über Politik und Lebensstil«, in: ders., Die Macht der Unterscheidung. Essays zur Kultursoziologie der modernen Gesellschaft, Frankfurt/New York: Campus, S. 11–18.
- Obermeier, Tobias (2023): »Ein schillernder Begriff«, in: Jungle World, 26.10.2023, online unter: <https://jungle.world/artikel/2023/43/hyperpolitik-buch-anton-jaeger-jacobin-ein-schillernder-begriff>, zuletzt aufgerufen am 07.03.2024.
- Opitz, Sven (2004): »Gouvernementalität im Postfordismus. Macht, Wissen und Techniken des Selbst im Feld unternehmerischer Rationalität«, Hamburg: Argument.
- Rosa Luxemburg Stiftung (2023): »#wirfahrenzusammen. Argumente für eine soziale und ökologische Verkehrswende«, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, online unter: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Publ-Texte/Zahlen_und_Fakten_10-2023_online.pdf, zuletzt aufgerufen am 07.03.2024.
- Schenke, Julian (2020): »Student und Demokratie. Das politische Potential deutscher Studierender in Geschichte und Gegenwart«, Bielefeld: transcript.
- Schöneck, Nadine/Mau, Steffen/Schupp, Jürgen (2011): »Gefühlte Unsicherheit. Deprivationsängste und Abstiegssorgen der Bevölkerung in Deutschland (= SOEPpapers 428)«, online unter: https://www.econstor.eu/bitstream/10419/15097/3/1/diw_spo428.pdf, zuletzt aufgerufen am 07.03.2024.
- Sennett, Richard (1998): »Der flexible Mensch«, München: Siedler.
- Situationistische Internationale (1966): »Über das Elend im Studentenmilieu, betrachtet unter seinen ökonomischen, politischen, sexuellen und besonders

intellektuellen Aspekten und über einige Mittel, diesem abzuhelfen«, online unter: <https://www.bildungskritik.de/Texte/ElendStudenten/elendstudenten.htm>, zuletzt aufgerufen am 08.03.2024.

Statistisches Bundesamt (2022): »37,9 % der Studierenden in Deutschland waren 2021 armutsgefährdet«, online unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/11/PD22_N066_63.html, zuletzt aufgerufen am 07.03.2024.

Weßels, Bernhard (2021): »Politisches Interesse und politische Partizipation«, Bundeszentrale für politische Bildung, 10.03.2021, online unter: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/datenreport-2021/politische-und-gesellschaftliche-partizipation/330210/politisches-interesse-und-politische-partizipation/>, zuletzt aufgerufen am 07.03.2024.